

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN MAGISTRATS-DIREKTION - PRESSE-TEILE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK TUR 309b - TELEPHON B 40-5-20, KL. 1121, 1192, 1195

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH WILHELM ADAMETZ

Freitag, 10./Februar 1956

Blatt 199

## Bürgermeister Jonas gratuliert Eisernem Hochzeitspaar =====

10. Februar (RK) Heute feierten Rosalia und Leopold Wagner, 18, Währinger Gürtel 59, das seltene Fest der Eisernen Hochzeit. Leopold Wagner, der von Beruf Metalldreher war, wurde 1866 in Wien geboren. Seine Frau ist um ein Jahr jünger. Beide haben am 10. Februar 1891 in Hernals den Bund für Leben geschlossen, beide sind auch in Wien geboren, also echte Kinder unserer Stadt. Frau Wagner schenkte sieben Kindern das Leben, zwei Enkel und zwei Urenkel sind auch schon da.

Bürgermeister Jonas besuchte heute vormittag das greise Jubelpaar in ihrer Wohnung in Währing und überreichte ihnen die Ehrengaben der Stadt Wien sowie einen großen Fliederstrauß. Er gratulierte Rosalia und Leopold Wagner herzlich zu ihrer Eisernen Hochzeit und wünschte alles Gute für den weiteren Lebensweg.

- - -

## Ein Jugendbuch über Toni Sailer =====

### Karl Bruckner schreibt "Der Sieger von Cortina"

10. Februar (RK) Der von der Gemeinde Wien mit dem Jugendbuchpreis 1954 ausgezeichnete Schriftsteller Karl Bruckner wird im Verlag für Jugend und Volk ein neues Jugendbuch mit dem Titel "Der Sieger von Cortina" herausgeben. Der Autor wird schon in den nächsten Tagen nach Kitzbühel fahren, um an Ort und Stelle die Menschen und die Natur um Österreichs berühmten Olympiasieger Toni Sailer zu studieren.

Karl Bruckner erhielt von der Stadt Wien den Jugendbuchpreis 1954 für "Giovanna und der Sumpf".

- - -

Die neue Schlichtungsstelle der Gemeinde Wien  
=====

10. Februar (RK) In Ergänzung der vor einigen Tagen erfolgten Verlautbarung über die Schaffung einer zentralen Schlichtungsstelle beim Wiener Magistrat wird zur Behebung von aufgetauchten Zweifeln folgendes klargelegt:

Die bei der Magistratsabteilung 50, 1, Rathausstraße 2, neu errichtete zentrale Schlichtungsstelle hat die Aufgabe, auf folgende Anträge zu entscheiden: nach dem Wohnungseigentumsgesetz und nach dem Zinsstopppgesetz, soweit es sich um Anträge wegen Zinserhöhung zwecks Vornahme von Erhaltungsarbeiten handelt.

An allen anderen Angelegenheiten des Zinsstopppgesetzes und in allen Angelegenheiten des Mietengesetzes und des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes sind die Schlichtungsstellen bei den Magistratischen Bezirksämtern zuständig.

- - -

## Wiener Landtag

=====

10. Februar (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek trat heute vormittag der Wiener Landtag zusammen. Zu Beginn der Sitzung hielt der Vorsitzende einen Nachruf auf den am 19. Jänner verstorbenen Abgeordneten Johann Weber (SPÖ). Die Mitglieder des Hauses erhoben sich während der Ausführungen von Präsident Marek von ihren Sitzen.

Ferner brachte Präsident Marek dem Landtag ein Schreiben von Bundespräsident Dr. h. c. Körner zur Kenntnis, in dem dieser für die ihm anlässlich der Festsitzung zum zehnjährigen Bestand des Wiener Landtages übermittelten Grüße herzlichst dankt.

Ferner lagen vor: ein Antrag der VO, betreffend "einen Protest der Wiener Landesregierung gegen die beabsichtigte Schließung des niederösterreichischen Landeskrankenhauses in Wien" und ein Antrag der ÖVP, betreffend "das Verbot gewisser nichtgewerbsmäßiger Verteilertätigkeiten (Betriebsaktionen-Verbotsgesetz)". Beide Anträge wurden der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.

Eine Anfrage der VO betrifft "die offensichtliche Verletzung Wiener Interessen durch die Nichtverlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes". Dazu wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Eine zweite Anfrage der VO beschäftigt sich mit einer "Entschließung des Landestages für Wien für ein Verbot von Schundliteratur und Gangsterfilmen". Auch dazu wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Anstelle des verstorbenen Abg. Weber wählte der Wiener Landtag als stellvertretendes Mitglied in die Berufungskommission nach dem Abgabenrechtsmittelgesetz den Landtagsabgeordneten Dr. Jakl (SPÖ).

Über eine Gesetzesvorlage, betreffend die Weitergeltung elektrizitätsrechtlicher Vorschriften im Lande Wien referierte Stadtrat Afritsch (SPÖ). Er führte aus, daß hinsichtlich des Elektrizitätswesens nach dem Bundesverfassungsgesetz in den meisten Fällen die Grundsatzgesetzgebung Bundessache ist, die Erlassung von Ausführungsgesetzen und die Vollziehung jedoch Sache der Länder. Das

vom Wiener Landtag auf Grund der Verfassung im Jahre 1931 beschlossene Elektrizitätsgesetz wurde jedoch durch die Einführung des Reichsdeutschen Energiewirtschaftsrechtes außer Kraft gesetzt. Die reichsrechtlichen Vorschriften blieben auch nach 1945 gültig, da es sich nicht um nationalsozialistisches Gedankengut handelte. Seit 1948 wurden nun eine Reihe von Entwürfen für das neue Elektrizitätsgrundsatzgesetz ausgearbeitet, die jedoch aus verschiedenen Gründen nicht im Nationalrat eingebracht wurden. Da in absehbarer Zeit mit dem Zustandekommen des Bundesgesetzes nicht gerechnet werden kann, ergibt sich die Notwendigkeit, den gegenwärtigen Zustand auf dem Gebiet des Elektrizitätswesens eindeutig zu klären. Diesem Zweck dient der vorliegende Gesetzentwurf.

Bei der Abstimmung wurde das Gesetz in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Nunmehr gelangte die Anfrage der Abg. Hausner, Kronberger und Genossen (VO) an den Landeshauptmann zur Beratung, betreffend "die offensichtliche Verletzung Wiener Interessen durch die Nichtverlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes".

Die Anfragesteller richteten darin an den Landeshauptmann folgende Anfragen: Wie erklärt es der Herr Landeshauptmann, daß die Interessen Wiens und seiner Bevölkerung bei den Beratungen über eine Verlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes in keiner Weise berücksichtigt, sondern offensichtlich außer acht gelassen worden sind? Wie erklärt es der Herr Landeshauptmann, daß sich das Ministerkomitee, dem drei Minister der SPÖ und drei der ÖVP angehörten, wie auch der gesamte Ministerrat darüber geeinigt haben, das Wohnungsanforderungsgesetz nicht zu verlängern, obwohl dies den Interessen Wiens wie auch den Interessen vieler anderer Gemeinden widerspricht? Wie erklärt es der Herr Landeshauptmann, daß kein einziger der 73 Nationalräte der SPÖ, also auch nicht der Herr Landeshauptmann selbst, im Parlament einen Initiativantrag gestellt hat, daß das Wohnungsanforderungsgesetz verlängert werden soll? Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und zu verlangen, daß das Wohnungsanforderungsrecht der Gemeinden, insbesondere der Stadt Wien, ehestens wiederhergestellt werde?

In Begründung des Antrages auf Verlesung und Bospredung der

Anfrage in der heutigen Sitzung führte Abg. Hausner (VO) aus, daß der Beschluß des Ministerrates, das Wohnungsanforderungsgesetz nicht mehr zu verlängern und dadurch den Gemeinden die Möglichkeit zu nehmen, freiwerdende Wohnungen zu erfassen und gerecht zu verteilen, in der Wiener Bevölkerung Empörung ausgelöst habe. Die beiden Koalitionspartien hätten sich in der Folge bemüht, sich gegenseitig die Schuld für die Nichtverlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes zuzuschieben. Die Wohnungslosen sind nunmehr der Willkür der Hausherren ausgeliefert und es ist bekannt, daß nach dem Ablauf der Geltungsdauer des Wohnungsanforderungsgesetzes die Preise für die Wohnungen gigantisch gestiegen sind. Die Bevölkerung verlange daher mit Recht, daß die Bestimmungen des Wohnungsanforderungsgesetzes wieder in Kraft gesetzt und verbessert werden sollen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Besprechung der Anfrage in der heutigen Sitzung gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Die Antwort wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

In einer Anfrage des Abg. Dr. Christoph (VO) an den Landeshauptmann wird verlangt, der Landtag für Wien möge eine Entschliesung für ein Verbot von Schundliteratur und Gangsterfilmen fassen, in der von der Bundesregierung gefordert wird, die Einfuhr von Schundliteratur und Gangsterfilmen generell zu verbieten und wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von Schundliteratur zu treffen.

Abg. Dr. Christoph erklärte, es sei höchste Zeit, endlich einschneidende Maßnahmen gegen die Einfuhr und die Verbreitung von Schundliteratur und Gangsterfilmen zu treffen. Selbstverständlich spiele dabei die Erziehung im Elternhaus eine wichtige Rolle, es sei aber überdies erforderlich, wenn notwendig durch gesetzliche Maßnahmen, alles aus dem Wege zu räumen, was die Erziehungsarbeit im Elternhaus erschweren könnte. Die beste Erziehungsarbeit im Elternhaus kann durch gewissenlose Geschäftemacher wieder zunichte gemacht werden.

Der Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage in der heutigen Sitzung wurde gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Die Antwort wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Präsident Marek schloß die Sitzung des Wiener Landtages um 11.43 Uhr.

Im Zeichen eines höheren Lebensstandards:

## Ab 1. März - "SW-Hausratssparen"

=====

10. Februar (RK) Vor zwei Jahren nahm in Wien die SW-Möbelaktion ihren Ausgang und verbreitete sich inzwischen über das gesamte Bundesgebiet. Das "Soziale Wohnen" unter der Abkürzung "SW" ist heute ein allgemein bekannter Begriff. Mit Unterstützung der Gemeinde Wien und des Gewerkschaftsbundes konnten sich viele Arbeiter und Angestellte gute und billige Möbel anschaffen.

Am zweiten Jahrestag der "SW-Möbelaktion" tritt die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, gestützt auf die bis jetzt gesammelten Erfahrungen, mit einer neuen Aktion vor die Öffentlichkeit, die ebenfalls der breiten Konsumentenschicht bei der Anschaffung von Möbeln, und jetzt auch erweitert auf anderen Hausrat viele Erleichterungen bietet.

Die Vertreter der Wiener Presse wurden heute vormittag in einer vom Vorsitzenden der Zentralsparkasse, Gemeinderat Jodlbauer, einberufenen Pressekonferenz über die neue Sparform "SW-Hausratssparen" informiert.

Wie der Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Olah, ausführte, hat sich die Zentralsparkasse mit dieser Aktion die Aufgabe gestellt, den Arbeitern und Angestellten zu einer zweckmäßigeren Verwertung ihres Einkommens zu verhelfen. Verschiedene Waren sind in Österreich - verglichen mit dem Weltmarkt - zu teuer, als daß sich die Arbeiter und Angestellten das kaufen und leisten können, was sie für den Haushalt brauchen. Die Anschaffung neuer Möbel ist mit großen Kosten verbunden und bis eine Wohnung behaglich eingerichtet ist, sind große Beträge erforderlich. Ein weiteres Problem stellt die Erleichterung der Hausarbeit dar. Den Hausfrauen werden heute eine Unzahl von neuen mechanischen Küchengeräten und Arbeitshilfsmitteln für den Haushalt angeboten. Die Verlockung zur Anschaffung solcher Geräte ist sehr groß, da mit einer geringen Anzahlung und den darauf folgenden Ratenzahlungen solche Geräte preiswert erscheinen. Vielfach sind derart angeschaffte Geräte sogar unzweckmäßig. Konsumenten, die die volle Kaufsumme für solche Waren in ihren Händen haben, werden sich dadurch des Wertes des einzelnen Schillings mehr

bewußt, und führen bei ihren Einkäufen die Auswahl gründlicher und kritischer durch. Außerdem hat der Barzahler gegenüber dem Ratenkäufer Begünstigungen.

Die Arbeiter und Angestellten werden ab jetzt durch monatliche Sparleistungen zu den gewünschten Artikeln kommen. Das "SW-Hausratssparen" hat den Vorteil gegenüber den Ratenzahlungen, daß vom Einkommen kein bestimmter Betrag für die Ratenzahlung abgezweigt werden muß. Dies erweist sich als besonders günstig, da es mannigfaltige Umstände gibt, da der Käufer einer Ware mit der Begleichung von Raten in Verzug gerät und infolgedessen der Eigentumsvorbehalt geltend gemacht wird.

Abschließend sprach sich Nationalrat Olah für die Schaffung einer Steuerbegünstigung aus, die er als eine wesentliche Förderung für das Sparen bezeichnete. Das abgelaufene Sparbegünstigungsgesetz konnte von der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten nicht ausgenutzt werden, da sie weder die notwendigen Sparbeträge zur Verfügung hatten, noch eine so lange Sperrfrist annehmen konnten. Er setze sich daher für Maßnahmen ein, die das Hausratssparen auch steuerlich begünstigen würden.

Der leitende Direktor der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Dr. Neubauer, sprach dann über die Durchführung des neuen Sparsystems. Bei der Entwicklung des Hausratssparens ist die Zentralsparkasse von der Absicht ausgegangen, dem Sparer das Sparen möglichst einfach und bequem zu machen. Als einfachstes Sparinstrument wurde für diesen Fall die Sparmarke gewählt. Das Nominale der einzelnen Marke beträgt 50 S. Das wesentliche beim SW-Hausratssparen ist, daß die Zentralsparkasse dem Sparer die Zinsen bereits im Vorhinein vergütet, das heißt, beim Kauf der Sparmarken, allerdings immer unter der Voraussetzung, daß der Sparer sein Sparguthaben mindestens während der einjährigen Sparperiode bei der Sparkasse ruhen läßt. Der Sparer kann am Anfang des Sparjahres, das ist am 1. März d.J., die Sparmarke um vier Prozent unter dem Nominale und am Ende des Sparjahres zum Nominale erwerben.

Die Zentralsparkasse ist von der Annahme ausgegangen, daß das Sparen vornehmlich in den Betrieben durchgeführt wird. An diesem Sparsystem kann sich aber jeder beteiligen, indem er bei der Zentralsparkasse unter den gleichen Bedingungen die Sparmarken erwirbt. Vorgesehen ist als Sparperiode ein Jahr und als Sparziel das

Ansparen von Hausratsgegenständen. Grundsätzlich ist aber das Hausratssparen weder an eine Zeit noch an ein bestimmtes Ziel gebunden. Der Sparer kann jederzeit über seine Spareinlagen verfügen.

Jeder Hausratssparer, der 60 Prozent des Preises seines Sparzieles angespart hat, kann durch einen Hausratssparkredit, der ihm von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt wird, die restlichen 40 Prozent überbrücken. Die Kosten für diesen Kredit sollen möglichst niedrig gehalten werden und etwa nur vier Prozent des Kaufpreises pro Monat betragen.

- - -

Wiener Gemeinderat  
=====

10. Februar (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat heute mittag der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Von der VO lag eine Anfrage vor. Die ÖVP brachte zwei Anfragen ein. Ferner brachten die Gemeinderäte Dr. Soswinski, Kronberger und Genossen (VO) eine Anfrage betreffend "Verletzung des Koalitionsrechtes der Gemeindebediensteten seitens der Gemeindeverwaltung, bezw. der Wiener Stadtwerke durch Verfolgung von Vertrauensmännern und anderen Bediensteten" ein und beantragten deren Verlesung und Besprechung in der heutigen Sitzung. Weiters wurden fünf Anträge eingebracht, und zwar von den Gemeinderäten Dr. Freytag, Mühlhauser, Römer und Genossen (ÖVP), betreffend "Spende für die Sammlung der Barmherzigen Brüder"; von den Gemeinderäten Dr. Freytag, Schwaiger, Zink und Genossen (ÖVP), betreffend "Gewährung einer Ehrenpension für die Ärmelkanalbezwingerin Faber-Johanny"; von den Gemeinderäten Lauscher, Kronberger und Genossen (VO), betreffend "die Forderung der Wiener Arbeiterschaft nach Aburteilung des Hochverrätters Starhemberg und Schaffung eines Anti-Starhemberg-Gesetzes"; von den Gemeinderäten Hausner, Kronberger und Genossen (VO), betreffend "die Wiederherstellung des Wohnungsanforderungsrechtes der Gemeinden, insbesondere der Stadt Wien"; ferner von den Gemeinderäten Dr. Christoph und Genossen (VO), betreffend eine "Erhöhung der Entschädigung für Blutspender". Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Behandlung zugewiesen.

Der Bürgermeister teilt sodann mit, daß durch das Ableben des Gemeinderates Weber (SPÖ) die Stelle eines Gemeinderates im 23. Wiener Gemeindebezirk freigeworden ist. Als Ersatzmann wurde Herbert Mayr (SPÖ) einberufen und von Bürgermeister Jonas angelobt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung sieht die Wahl von sechs Mitgliedern des Gemeinderates als Schriftführer vor, da die mit einem Jahr festgesetzte Funktionsdauer der Schriftführer abgelaufen ist. Die Sozialistische Partei schlägt hierfür die Gemeinderäte Maria Hirschler, Maria Jacobi, Fritz Konir und Leopold Mistingger vor, die Österreichische Volkspartei die Gemeinderäte Prof. Markus

Bittner und Franz Walzer. Die Wahlvorschläge wurden bei der Abstimmung angenommen und die Genannten sind damit auf die Dauer eines Jahres zu Schriftführern des Gemeinderates gewählt.

Durch das Ableben des Gemeinderates Weber sind noch drei weitere Wahlen notwendig geworden, und zwar die Wahl eines Mitgliedes des Gemeinderatsausschusses für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten VII, ferner eines Mitgliedes des Gemeinderatsausschusses für Städtische Unternehmungen XII und eines Mitgliedes des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt. Der neue Gemeinderat Mayr wird zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses VII und Mitglied des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt gewählt, Gemeinderat Liwanec zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses XII.

Stadtrat Rosch (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Erhöhung der Obergrenze für die Gewährung von zinsfreien Instandsetzungsdarlehen von 50 Millionen auf 80 Millionen Schilling. Der Referent verweist auf die Notwendigkeit dieser Erhöhung, die vor allem den Mietern alter und schlechter Wohnungen zugute kommt. Durch die zinslosen Darlehen werden die Aufwendungen für die Instandsetzungen wesentlich herabgesetzt, oft sogar um 40 und mehr Prozent. Die Inanspruchnahme dieses Kredites, die anfangs nicht den erwarteten Anklang fand, ist nun sprunghaft gestiegen. So mußte der Gemeinderat bereits im August des vorigen Jahres den veranschlagten Betrag auf 50 Millionen Schilling erhöhen und nun muß, sollte die Aktion nicht eingeschränkt werden, eine abermalige Erhöhung vorgenommen werden. Der Referent ersucht im Interesse der großen Bedeutung dieser Kredite für die Mieter solcher alten und schlechten Häuser, um Annahme des Antrages.

Gr. Hausner (VO) verweist darauf, daß bei der vor Jahren erfolgten Zinserhöhung das Argument gebraucht wurde, daß mit diesem Mehrbetrag die Hausherrn die Häuser instandsetzen lassen müssen. Leider dürfte dies anscheinend doch nicht so gehandhabt werden, sondern es werden vielmehr den Mietern ungeheure Belastungen auferlegt. Er tritt für die Schaffung eines zentralen Reparaturfonds ein, der die Möglichkeit geben soll, die alten Häuser zu erhalten, die Wohnungen zu verbessern und den Mietern trotzdem billige Zinse zu garantieren. Auch eine Reform des Mietengesetzes muß dringend

gefordert werden sowie die Wiederherstellung eines wirksamen Wohnungsanforderungsrechtes und Strafen gegen jeden Wohnungswucher. Der Redner tritt auch für ein wirksames Räumungsschutzgesetz ein, das keine Deportierung ohne geeignete Ersatzwohnung ermöglicht. Da es unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich ist, das Wohnungsproblem zu lösen, müsse auch dem sozialen Wohnhausbau weit- aus größeres Augenmerk zugewendet werden. Er bezeichnet es als eine Schande, daß es in unserer Stadt noch 4.000 Ausgebombte gibt, die bis jetzt keine Wohnung bekommen konnten. Dem vorliegenden Antrag werde seine Fraktion die Zustimmung erteilen.

GR. Mühlhauser (ÖVP) tritt für eine Herabsetzung der Höchstgrenze von 3.50 S pro Quadratmeter ein, die derzeit zur Gewährung von zinsenlosen Krediten als Maßstab gilt. Mit einer derartigen Maßnahme würde nur den ärmsten Mietern dieser Stadt geholfen werden. Eine weitere Gruppe von Mietern bedürfte jedoch gleichfalls der Hilfe, und zwar jene, die in den Randbezirken unserer Stadt wohnen und durch die Kanaleinmündungsgebühr hart betroffen werden. Er stellt den Antrag, auch für die Kanaleinmündungsgebühr einen Fonds zu schaffen und dadurch billige Kredite zur Verfügung zu stellen. Der Redner stellt fest, da bis jetzt trotz aller Bemühungen und auch trotz aller Erfolge das Wohnungsproblem nicht gelöst werden konnte, müßten Mittel und Wege gesucht werden, der Wohnungsnot wirksam zu begegnen. Die Stadt Wien müßte über den sozialen Wohnhausbau hinaus den Wohnungsbau fördern. Die Wiener Stadtwerke haben hier einen Schritt vorwärts getan und ihren Angestellten durch Zurverfügungstellung von Kapital die Möglichkeit zur Schaffung von Wohnungen gegeben. Eine derartige Aktion müßte auch für die Bediensteten der Hohenstaufenverwaltung der Stadt Wien geschaffen werden. Es müßte ein Generalplan erstellt werden, der die Lösung der Wohnungsnot und die Verbesserung der Altwohnungen ermöglicht. Es gehe nicht an, daß 80 Prozent aller Wiener in alten und schlechten Wohnungen wohnen. (Beifall bei der ÖVP.)

./.

StR. Resch stellte in seinem Schlußwort fest, daß sich GR. Hausner in keinem einzigen Satz mit der Vorlage beschäftigt habe, sondern lediglich eine Polemik gegen die Hausbesitzer dieser Stadt führte. Der Referent habe dazu nichts zu sagen, weil er nicht die Hausbesitzer vertritt. Bei der Rede von GR. Mühlhauser, so meinte StR. Resch, habe er bereits so etwas wie "Wahlluft" in diesem Haus gespürt. Er wirft dem Redner der ÖVP vor, er habe versucht zu lizitieren. Das 3'5fache des Friedenszinses, das sind ungefähr 100 Schilling bei Kleinwohnungen. Ich wäre glücklich, sagte StR. Resch, wenn beim Wohnungseigentumsbau auch nur annähernd so niedrige Zinse gezahlt werden. (GR. Mühlhauser (ÖVP): Aber da erwirbt man ja Eigentum!) Der Debattenredner hat auch die Lösung des Wohnungsproblems befürwortet und empfohlen, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen. Ich habe auch eine Empfehlung, replizierte StR. Resch. GR. Mühlhauser brauche nur Minister Kamitz zu empfehlen, daß er die Streichung des Zuschusses für den Bundeswohn- und Siedlungsfonds zurücknehmen möge (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend ersucht der Referent um Annahme seines Antrages, den Antrag der ÖVP empfiehlt er der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen, der Antrag der ÖVP wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Über die Erhöhung der Fürsorgerichtsätze referierte Vizebürgermeister Honay (SPÖ). Er führte aus, das neue ASVG bestimmt gewisse Mindestrenten, die jeder Sozialrentner bekommen muß. Die heutige Vorlage bezweckt nun, unseren Gemeinderentnern ebenfalls eine Angleichung an die Mindestrenten nach dem allgemeinen Sozialversicherungsgesetz zu gewähren. In diesem Zusammenhang gab Vizebürgermeister Honay einige interessante Zahlen über den Umfang der öffentlichen Fürsorge bekannt. Gegenwärtig gibt es in Wien 16.105 ständig Befürsorgte; dazu kommen 1000 in der Tbc-Fürsorge. 70 Prozent der Dauerbefürsorgten sind mehr als 65 Jahre alt, 16 Prozent haben bereits das 80. Lebensjahr überschritten. 86 Prozent aller Dauerbefürsorgten

sind Frauen. Nach Bezirken aufgegliedert, hat Favoriten die meisten Dauerbefürsorgten, nämlich 1226. Dann folgen der 15. und der 16. Bezirk. An letzter Stelle steht Hietzing mit 197 Dauerbefürsorgten. Im Voranschlag für 1956 waren für die Renten der Dauerbefürsorgten 56 Millionen Schilling vorgesehen. Nach dem vorliegenden Antrag, der heute genehmigt werden soll, werden weitere 5'5 Millionen Schilling für die neuen Renten erforderlich sein. Nach der Vorlage sollen ab 1. Februar folgende Richtsätze gelten: Für den Alleinstehenden in der gehobenen Fürsorge 300 S, für den Hauptunterstützten 280 und für den Mitunterstützten 200 S. In der allgemeinen Fürsorge bekommt der Alleinstehende 270 S, der Hauptunterstützte 250 S und die Mitunterstützten 180 S. Gleichzeitig entfällt der im Jahre 1953 bewilligte Wirtschaftszuschuß von 20 S monatlich. Vizebürgermeister Honay erinnerte auch noch an die vielen zusätzlichen Leistungen der Gemeinde für die Dauerbefürsorgten. Insgesamt werden in diesem Jahr mit den verschiedenen Aktionen der Gemeinde Wien für Dauerbefürsorgte 133'5 Millionen Schilling aufgewendet.

GR. Lauscher (VO) betrachtet die vorliegende Erhöhung der Richtsätze als einen Teilerfolg der Bemühungen der VO in diesem Haus, eine Erhöhung der Richtsätze für die Dauerbefürsorgten zu erreichen. Die letzte Erhöhung wurde 1953 beschlossen. Die jetzige Verbesserung war daher schon lange fällig. Die Gemeinde sollte sich endlich zu dem Standpunkt durchringen, den Dauerbefürsorgten ein Existenzminimum zuzugestehen, mit dem sie auch wirklich leben können. Der Redner hebt dabei hervor, daß die Zahl der Befürsorgten in den letzten Jahren immer geringer geworden sei.

GR. Nora Hittl (ÖVP) führt an, alle Mitglieder dieses Hauses sind sicher erfreut darüber, daß mit dem vorliegenden Antrag die Lage der Dauerbefürsorgten verbessert wird. Damit ist auch ein von der ÖVP immer wieder vorgebrachter Wunsch erfüllt worden. Die Rednerin bedauert jedoch, daß die Zubilligung des Wirtschaftszuschusses gestrichen wird und stellt einen Antrag, diesen Zuschuß auch weiterhin zu gewähren. Ferner stellt die Rednerin

einen Antrag auf Bezahlung der Kinderbeihilfe für die Mitunterstützten durch die Gemeinde. Das heißt, daß neben der gesetzlich festgelegten Kinderbeihilfe von der Gemeinde Wien ein Betrag von 95 S pro Kind ausgezahlt werden soll.

Berichterstatter Vizebürgermeister Honay erklärt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen des GR.Lauscher, die kommunistische Fraktion werde sich wohl nie mit dem zufrieden geben, was hier beantragt wird, sondern werde immer noch mehr fordern. Er müsse die Behauptung zurückweisen, daß die Gemeinde trotz des Sinkens der Zahl der Dauerbefürsorgten für sie weniger ausbebe als früher.

Die Forderungen der Gemeinderätin Hiltl werden in gewissen Bundesländern, die keinen sozialistischen Finanzreferenten haben, auf Widerspruch stoßen. Der Berichterstatter beantragt, die beiden Resolutionsanträge dem Gemeinderatsausschuß IV zuzuweisen. Die ÖVP-Fraktion möge besonders mit dem Finanzreferenten Niederösterreichs sprechen, denn gerade Landesrat Müllner sei nicht bereit gewesen, dem sozialistischen Landesrat Brachmann Zugeständnisse hinsichtlich Verbesserungen für die Dauerbefürsorgten zu machen. Die Gemeinde Wien werde nach wie vor alles tun, um den Dauerbefürsorgten möglichst ein besseres Dasein zu sichern. (Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen. Weiter beschließt der Gemeinderat einstimmig, die beiden Resolutionsanträge Hiltl der Geschäftsgruppe IV zuzuweisen.

Sodann berichtet Gemeinderätin Frieda Nödl (SPÖ) über die Ehrung von langjährigen Pflegemüttern. Sie verweist darauf, daß die Gemeinde Wien 5560 Pflegekinder zu betreuen hat, von denen nur 1170 bei privaten Pflegeeltern untergebracht werden konnten. Rund 1000 dieser Pflegekinder sind schwer erziehbar und müssen schon aus diesem Grunde in Heimpflege belassen werden.

Man kann nicht oft genug betonen, daß die beste Heimpflege das Aufwachsen in einem Familienverband nicht ersetzen kann. Die Magistratsabteilung 11 und auch der Ausschuß für Wohlfahrtswesen beschäftigen sich daher immer wieder sehr eingehend mit der Frage, wie man neue Wege finden könnte, um zusätzliche Plätze bei Pflegeeltern zu schaffen.

Dem Wohlfahrtsausschuß lag ein Antrag der Gemeinderätin Dr. Stürzer (ÖVP) vor, eine öffentliche Ehrung von Pflegemüttern vorzunehmen. Die zuständige Magistratsabteilung und der Wohlfahrtsausschuß waren jedoch der Ansicht, eine öffentliche Ehrung allein werde wahrscheinlich kaum einen Anreiz bieten, mehr Frauen dazu zu bringen, Kinder in Pflege zu übernehmen. Der vorliegende Antrag sieht nun vor, jenen Pflegemüttern, die seit mehr als zehn Jahren Pflegekinder der Stadt Wien betreuen und bemüht sind, diesen Kindern die Liebe und Obsorge des Elternhauses zu ersetzen, Dank und Anerkennung der Stadt Wien zum Ausdruck zu bringen und sie dadurch zu ehren, daß jede dieser Pflegemütter ein Diplom erhält und ihr eine Kassette mit Silbergeldstücken im Werte von 500 Schilling übergeben wird. Jene Pflegemütter, die durch mehr als zehn Jahre zwei Wiener Pflegekinder betreut haben, sollen außer dem Diplom eine Kassette mit 1.000 Schilling in 25-Schilling-Stücken erhalten. (Lebhafter Beifall)

GR. Helene Stürzer (ÖVP) führt aus, daß sich die Öffentlichkeit und vor allem die verantwortlichen Jugendfürsorger bei der Betreuung von Pflegekindern einem unendlich schwierigen Problem gegenübersehen. Man kann für diese Kinder materiell vorsorgen und Gesetze schaffen, die ihrem Wohle dienen. Die öffentliche Fürsorge kann ihnen aber eines nicht geben, was sie am allernotwendigsten brauchen würden, nämlich die Liebe einer Mutter. Es müsse daher alle der Wunsch beseelen, daß sich möglichst viele Frauen mit echt mütterlichem Herzen finden, die bereit sind, Pflegekinder in ihre Familie aufzunehmen. Nur jene Kinder, die in einem Familienverband aufwachsen, werden später einmal nicht mit Verbitterung an ihre Jugendzeit zurückdenken oder gar einmal ihre Umwelt und die Gesellschaft hassen.

Mit dem Pflegegeld allein kann man das niemals abgelten, was die Pflegemütter an Opfern, an Arbeit und an Sorgen für diese Kinder zu erbringen haben. Die Rednerin unterstreicht, daß keineswegs das Geldgeschenk an die Pflegemütter das Entscheidende sei, sondern die Tatsache der Ehrung.

Der seinerzeit von der ÖVP eingebrachte Antrag hatte zum Ziele, daß die gewählten Vertreter dieser Stadt im Namen der gesamten Bevölkerung diese Mütter ehren und ihnen Dank und Anerkennung für ihre Leistung aussprechen.

Namens der ÖVP-Fraktion dankt die Rednerin allen Pflagemüttern, denen diese Ehrung zuteil wird, für ihre unzähligen Opfer, die sie für die Pflegekinder gebracht haben, für die viele Mühe und die zahllosen schlaflosen Nächte, vor allem aber dafür, daß sie diesen Kindern das geben, was sie sonst wohl am bittersten entbehren müßten, die Liebe einer Mutter. Die ÖVP wird dem vorliegenden Antrag selbstverständlich zustimmen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Berichterstatterin GR. Frieda Nödl gibt in ihrem Schlußwort der Hoffnung Ausdruck, daß die vorgesehene Ehrung der Pflagemütter nicht die letzte Maßnahme sein möge, die zugunsten der Pflegekinder der Gemeinde Wien getroffen wird. Der Wohlfahrtsausschuß wird sich voraussichtlich schon in allernächster Zeit mit einer Aktion befassen können, die dazu beitragen soll, mehr Pflegeplätze für pflegebedürftige Kinder zu beschaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Referentin einstimmig angenommen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) erstattete hierauf einen Bericht über die von den Teilnehmern der 1. Wiener Straßenverkehrsenquête 1955 gegebenen Empfehlungen. Er führte unter anderem aus: Mit der Entwicklung der motorisierten Fahrzeuge ist in den Großstädten der Welt das Verkehrsproblem in den Vordergrund gerückt. Das Kraftfahrzeug hat das Leben in der Großstadt nachhaltigst revolutioniert. Es ist daher die Aufgabe jeder verantwortungsbewußten Stadtverwaltung, diesen Problemen besondere Beachtung zu schenken.

Auch bei uns zeigten und zeigen sich an manchen Stellen kritische Situationen, die zu besonderen baulichen Maßnahmen führten und führen werden. Es war jedoch klar, daß auf die Dauer Einzelösungen nicht ausreichen werden. Daher hat Bürgermeister Jonas bei seiner Wiederwahl angekündigt, daß er eine allgemeine Straßenverkehrsenquête einberufen werde, die sich mit den Problemen des Wiener Straßenverkehr und den damit zusammenhängenden sonstigen Verkehrsproblemen befassen soll, um für die Zukunft richtungweisende Vorschläge zu erstatten.

In Anbetracht unserer Verkehrssituation war es notwendig, diese Verkehrsenquete nach Wien schon zu einem Zeitpunkt einzuberufen, der es noch ermöglicht, in einer verhältnismäßig ruhigen Atmosphäre die Empfehlungen dieser Enquete zu bearbeiten, da der Verkehrsdruck noch kein kritisches Ausmaß erreicht hat.

Für die Abwicklung der I. Wiener Straßenverkehrsenquete wurde die Form einer sogenannten gesteuerten Enquete gewählt. Dies war notwendig, um bei dem außergewöhnlichen Umfang der zu behandelnden Themen den Verlauf der Diskussionen so zu lenken, daß ein Abirren auf andere Gebiete verhindert wurde.

Der Erfolg der Enquete hat gezeigt, daß trotz dieser scheinbaren Einengung die Diskussionsfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung vollkommen gewahrt blieb. Der Beweis dafür liegt in der Tatsache, daß es in der großen Zahl der Empfehlungen auch solche gibt, die bei der Behandlung des gleichen Stoffes verschiedene Auffassungen darlegen. Den Enqueteteilnehmern war vor der Enquete ein Organisationsplan übergeben worden, der außer der Geschäftsordnung und dem Stundenplan vor allem die thematische Gliederung des Diskussionsstoffes festlegte.

Den Referenten der Haupt- und Ko-Referate war dadurch die Möglichkeit gegeben, schon frühzeitig ihre Referate dem thematischen Aufbau der Enquete anzupassen. Außerdem war der Enqueteleitung schon bei Beginn der Enquete eine klare Übersicht über die durch die Referenten zu behandelnden Themen möglich.

Die I. Wiener Straßenverkehrsenquete begann Montag, den 7. November 1955, mit dem Eröffnungsplenum, in welchem die Kommissionen konstituiert wurden. Ungefähr 150 Delegierte und Gäste des In- und Auslandes waren dem Ruf des Bürgermeisters gefolgt.

Die Organisation der Enquete sah ein Plenum und fünf Kommissionen vor, die auf folgende Themengruppen aufgeteilt waren:

Kommission I: Grundsätzliches: Leiter, Planungsdirektor Van Traa, Rotterdam; Kommission II: Straßenverkehrsplanung: Leiter, Stadtbauref. Prof. Dr. Ing. Hillebrecht, Hannover; Kommission III: Baulich technische Fragen: Leiter, o. Prof. Dr. Ing. Pendl, Graz; Kommission IV: Gesetzliche Maßnahmen:

Leiter, Baudirektor Dipl.Ing.Sill, Hamburg; Kommission V: Verkehrspolitik und öffentlicher Verkehr: Leiter, Generaldirektor der Wiener Stadtwerke Frankowski.

Im Eröffnungsplenum wurden auch die Hauptreferate der fünf Kommissionen erstattet, und zwar für die

Kommission I: Prof. Dr.Ing. Leibbrand, Zürich, mit dem Thema: "Leitgedanken zum modernen Großstadtverkehr"; Kommission II: Dipl.Ing. Schimka, Leiter der M.Abt. 18: "Neuzeitliche Straßenverkehrsplanung"; Kommission III: Prof. Dr.Ing. Pendl, Graz: "Technik des Straßenbaues von heute"; Kommission IV: Baudirektor Dipl.Ing. Sill, Hamburg: "Probleme der Verkehrsregelung, Verkehrsbeschränkungen und Verkehrssicherheit und Gesetzliche Maßnahmen"; Kommission V: Direktor Mross, Hamburg: "Bedeutung und Gestaltung des öffentlichen Verkehrs".

In den Kommissionen wurden nach Anhörung der Ko-Referate und Kurz-Referate Vorschläge für die vorläufigen Empfehlungen ausgearbeitet.

Die Aufgabe der Kommissionen bestand darin, das gestellte Thema, das im Hauptreferat eine allgemeine Erörterung gefunden hatte, durch Ko-Referate und Diskussionsreferate von den verschiedensten Seiten und Standpunkten zu beleuchten und einer allgemeinen Klärung zuzuführen. Sodann wurde versucht, eine vorläufige Formulierung von Empfehlungen zu verfassen.

Diese vorläufigen Empfehlungen wurden dem Zwischenplenum durch den jeweiligen Kommissionsleiter vorgetragen. Die Teilnehmer an der Enquete hatten Gelegenheit, zu diesen Vorschlägen jeder Kommission in kurzen Diskussionen Stellung zu nehmen. Von dieser Möglichkeit wurde ausreichend Gebrauch gemacht.

Sodann wurden diese vorläufigen Formulierungen im Hinblick auf die Diskussionen des Zwischenplenums den Kommissionen neuerlich zur Beratung und Endformulierung zugewiesen.

In sehr eingehenden Besprechungen und Diskussionen wurde dann von den einzelnen Kommissionen die Endformulierung erarbeitet. Insgesamt wurden 109 Empfehlungen verfaßt. Die Geschäftsführung hat dann diese endgültigen Formulierungen der Empfehlungen an die Stadt Wien in einem Heft zusammengefaßt, das im Schlußplenum als Empfehlungen der I. Wiener Straßenverkehrs-enquete 1955 an die Stadt Wien der Stadtverwaltung durch den Senior der Kommissionsleiter, Planungsdirektor Van Traa, überreicht wurde.

Ein Hinweis darauf, wie intensiv gearbeitet wurde, möge sein, daß 46 Ko-Referate und 87 Kurz-Referate gehalten wurden und im Verlauf der Diskussionen nicht weniger als rund 1.500 Wortmeldungen zu verzeichnen waren.

Besonders rege beteiligten sich die eingeladenen Fachleute des Auslandes an den Referaten und Kurz-Referaten.

Um die große Zahl von 109 Empfehlungen leichter überblicken zu können, liegt es nahe, sie vom Standpunkt ihrer thematischen Zusammengehörigkeit zu gruppieren. Greift man nun aus diesen vorerst einmal jene von besonderer Wichtigkeit heraus, so seien folgende angeführt:

1) Eine Gruppe von Empfehlungen, die sich mit der Frage des Gesamtverkehrsplanes befaßt.

2) Da jeder Gesamtverkehrsplan in Baustufen erstellt werden muß, so gewinnen jene Empfehlungen besondere Bedeutung, die sich mit den zu ergreifenden Sofortmaßnahmen, das heißt also der **ersten** Baustufe und den darauf folgenden Baustufen befassen.

3) Hat die Enquete sehr deutlich zum **Ausdruck** gebracht, daß keine Planung und keine Baudurchführung ohne vorherige Erforschung der Voraussetzungen wie Verkehrszählungen und sonstiger damit zusammenhängender Erhebungen mit den Verkehrsanalysen und Verkehrsprognosen und der Unfallstatistik möglich ist. Auf diesem Gebiet ist eine große Zahl von Empfehlungen gegeben worden.

4) Sei eine besonders große Gruppe hervorgehoben, die sich mit allen Fragen der Massenverkehrsmittel befaßt.

5) Eine Gruppe, die sich mit dem Straßennetz, dessen Leistungsfähigkeit, allen Fragen des Fernstraßenverkehrs, insbesondere mit der Frage der Autobahneinführung, weiters mit den Vorschlägen für ein Schnellverkehrsstraßensystem und dem **Ausbau hochbelasteter Knotenpunkte und deren Berechnung beschäftigt.**

6) Eine sehr reichhaltige Gruppe von Empfehlungen, die sich mit allen Fragen, die den ruhenden Verkehr betreffen, auseinandersetzt.

7) Eine spezielle und für Wien sehr entscheidende Gruppe von Empfehlungen befaßt sich mit den Wechselbeziehungen zwischen Altstadtpflege, Altstadtsanierung und Verkehr in der Altstadt.

8) Zu einer weiteren Gruppe könnten alle Empfehlungen zusammengefaßt werden, die den direkten Zusammenhang des Menschen zum Verkehr behandeln.

9) Aus der Erkenntnis der gegenseitigen Beeinflussung und gegenseitigen Abhängigkeit aller Verkehrseinrichtungen, Verkehrsmaßnahmen und Vorsorgen ergibt sich dann folgerichtig eine Gruppe von Empfehlungen von entscheidender Tragweite, die sich mit den organisatorischen Maßnahmen und Einrichtungen befaßt, die notwendig sind, um deren Koordinierung zu sichern.

10) Im Zusammenhang damit stehen jene Empfehlungen, die die Frage der Finanzierung aller Verkehrsuntersuchungen, Planungen und Verkehrsbauten zum Inhalt haben.

Aus der Gruppe 1 sei jene Empfehlung hervorgehoben, daß der gesamte Verkehr einer Stadt als Einheit betrachtet werden muß. Diese Forderung findet ihren Niederschlag in jenen Empfehlungen der Kommissionen I und II, die sich mit der Notwendigkeit befassen, für den Planungsraum Wien einen Gesamtverkehrsplan herzustellen. Diese Empfehlungen gehen aber nicht an der Notwendigkeit vorbei, alle Möglichkeiten für Sofortmaßnahmen offenzuhalten, wobei sie die Feststellung enthalten, daß diese je nach den betreffenden Bauvorhaben und den finanziellen Mitteln in Baustufen zu zerlegen sind.

Für die Planungszeit wird im allgemeinen ein Zeitraum von ungefähr 25 Jahren empfohlen. Der Planungsraum greift über das eigentliche Verwaltungsgebiet der Stadt hinaus.

Eine weitere Empfehlung aus dieser Gruppe besagt, daß die Grundlage jeder Verkehrsplanung eine generelle Strukturplanung sein muß. Zwei gesonderte Empfehlungen befassen sich mit den Forderungen, die der Wasser- und der Luftverkehr an den Gesamtverkehrsplan stellen. Für die Planung des Wiener Donau-Großhafens wird ein längerer Planungszeitraum empfohlen. Für den Luftverkehr wird außer dem großen Zentralflughafen die Frage eines eventuell notwendig werdenden zweiten Flughafens angeschnitten, weiters Fragen der Stadtabfertigung und des Hubschrauberdienstes.

Zur Empfehlungsgruppe 2, Baustufen, sei besonders hervorgehoben, daß in der Kommission III eine Empfehlung sich eingehend mit den Baustufen auf dem Sektor des Straßenbaues befaßt. Die

betreffende Empfehlung sieht zwei Stufen vor, wovon die 1. Stufe die Neuorganisierung des Straßenraumes durch baulich-technische Maßnahmen und die Mobilisierung der Leistungsreserven umfaßt. In der 2. Baustufe soll an die Neuschaffung von Straßenräumen durch womöglich kreuzungsfreie tangentielle Umfahrungsstraßen geschritten werden. Mit diesem Expressstraßensystem wird bereits der Weg der Verlegung der Verkehrshauptströme zur Gänze oder teilweise in die zweite Ebene beschritten. Beide Baustufen müssen sich in das Konzept des Gesamtverkehrsplanes einfügen.

Zur Empfehlungsgruppe 3, Grundlagen, ist zu sagen, daß aus der soeben erwähnten Empfehlung ersichtlich ist, daß für alle vorgesehenen Maßnahmen ganz außergewöhnliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen. Um diese wirtschaftlichst einzusetzen und jede Fehlinvestition nach menschlichen Ermessen zu vermeiden, hat die Enquete in der außerordentlich großen Anzahl von 15 Empfehlungen sich mit den Fragen der Grundlagenforschung eingehendst befaßt.

So wurde besonderer Wert auf alle Arten von Verkehrszählungen gelegt, die die Basis jeder Verkehrsplanung und der mit ihr verbundenen Investitionen sind.

Eine Empfehlung schlägt laufend Zählungen an Einfallstraßen vor, eine andere die Feststellung einer Prognose der Kraftfahrzeugzunahme und deren ökonomische und soziologische Hintergründe. In der Schaffung einer Haus- und Straßenkartei sieht eine andere Empfehlung ein wichtiges Mittel, jede Art von Verkehrserregern, Straßenzustand und Ähnliches zu erkennen.

Allein zehn Empfehlungen befassen sich ausschließlich mit umfassenden Verkehrszählungen aller Art und den verschiedenen Zählmethoden.

In der Empfehlungsgruppe 4 kam klar zum Ausdruck, daß das wirkungsvollste Mittel zur Beförderung von großen Menschenmassen noch immer die Massenverkehrsmittel, also Autobus, Straßenbahn, Stadtbahn, Schnellbahn usw., sind.

Auch hier gewann der Gedanke eines stufenmäßigen Ausbaues der Massenverkehrsmittel Raum. In ihrer Gesamtheit ergeben diese Empfehlungen folgendes Bild:

Die Straßenbahn als das Massenverkehrsmittel mit dem derzeit größten Leistungsausmaß ist als Rückgrat des öffentlichen Verkehrs auch weiterhin möglichst leistungsfähig auszubauen.

Dazu wird der Einsatz moderner Fahrbetriebsmittel, zum Beispiel Großraumtriebwagen, Zuweisung zweckmäßiger Fahrwege, bauliche und verkehrsregelnde Maßnahmen in Verkehrsknoten und betriebliche Maßnahmen, zum Beispiel Fahrgastfluß usw., empfohlen.

Außerdem ist der Erhöhung der Reisegeschwindigkeit, erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Ein genereller Ersatz der Straßenbahn durch Buslinien ist nach Meinung der Überwiegenden Mehrheit der Enquete-Teilnehmer derzeit nicht diskutabel.

Im Zusammenhang mit der Herstellung des Generalverkehrsplanes und des derzeit im Zuge befindlichen Ausbaues der Strecke Meidling - Hauptzollamt - Floridsdorf zu einer Schnellbahn ist die Ergänzung der Stadtbahnlinien zu prüfen. Die diesbezüglichen Empfehlungen halten die Verlängerung der Gürtellinie nach Meidling als geeignet, während die Verlängerung der Gürtellinie nach Nordosten nach Floridsdorf erst auf Grund des Verkehrserfolges der vorgesehenen Schnellbahn in Angriff genommen werden soll.

Zur Frage der U-Bahn wurde in der Kommission I eine Empfehlung gegeben, die bisherigen diesbezüglichen Planungen namentlich mit Rücksicht auf die Verkehrserschließung des 1. Bezirkes einer technischen und wirtschaftlichen Überprüfung hinsichtlich der Vertretbarkeit und Aktualität zu unterziehen.

Von derselben Kommission wurde eine weitergehende Zusatzeempfehlung gegeben, daß der Stammlinie Praterstern - Innere Stadt - Westbahnhof zeitlich bezüglich Planung und Bauausführung der Vorzug zu geben wäre.

In einem gewissen Gegensatz hierzu stehen Empfehlungen der Kommissionen III und V, die darauf hinweisen, daß die U-Bahn als das kostspieligste aller Massenverkehrsmittel erst in letzter Linie in Betracht zu ziehen ist. Die Kommission III sieht die In-Angriffnahme des Baues einer U-Bahn erst vor, wenn sämtliche Straßenverkehrsmittel und straßenbautechnischen Möglichkeiten erschöpft sind, die Kommission V in ähnlicher Weise, nämlich, wenn sämtliche Modernisierungsmaßnahmen zur Leistungssteigerung der bestehenden Massenverkehrsmittel ausgeschöpft sind.

Die Notwendigkeit, zu derart kostspieligen Baumaßnahmen zu greifen, erscheint der Kommission V erst dann gegeben, wenn durch das sprunghafte Ansteigen des privaten Kraftwagenverkehrs die Straßenverkehrsverhältnisse so unleidlich geworden sind, daß schwere wirtschaftliche Schäden ausgelöst werden, und nur in der Heranziehung der zweiten Ebene durch die Massenverkehrsmittel hier eine Erleichterung geschaffen werden kann.

In mehreren Empfehlungen wurde auch der Tarifffrage breiter Raum gewidmet. Dabei wurde festgestellt, daß Tarife kostendeckend sein sollen. Weiters wurde als wünschenswert bezeichnet, das derzeit geltende Einheitstarifsystem dahingehend zu überprüfen, ob es durch eine andere Tarifform aufgelockert oder auf andere Weise ausgebaut werden könnte.

Die Empfehlungen der Gruppe 5 befassen sich mit dem Straßennetz der Stadt und den Ausfallstraßen, besonders mit den Fragen der Autobahn, vor allem hinsichtlich der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit. Bezüglich der Einführung der Autobahn Salzburg-Wien wird eine gestreckte Westeinfahrt empfohlen.

Es ist für die Stadtverwaltung interessant, daß mehrere Empfehlungen den bis jetzt von der Stadtverwaltung eingeschlagenen Weg für die Leistungssteigerung des Straßenverkehrs gutgeheißen und die Verfolgung dieser Anstrengungen in gesteigertem Maß empfohlen haben.

Der Differenzierung der Straßen nach ihrem Verkehrswert soll bei der Wahl ihrer Ausbaurkosten Rechnung getragen werden.

Straßen, die in eng verbauten Gebieten nicht ausbaufähig sind, sollen durch Arkadierungen in ihrer Leistung gesteigert werden. In diesem Zusammenhang wird besonders auf die Einbahnerklärung zur Leistungssteigerung ganzer Viertel hingewiesen.

Weiters soll die Möglichkeit der Leistungssteigerung an Knotenpunkten durch Anwendung von Lichtsignalen und fallweise Einführung der "grünen Welle" weiter verfolgt und studiert werden.

Zur Gruppe 6 ist zu sagen: Der allgemein erkannten Problematik der Parkraumnot hat die Enquete ihr ganz besonderes Augenmerk gewidmet. Die Enquete empfiehlt in dieser Richtung eine systematische, auf genauen Erhebungen fußende Parkraumplanung, zumindest für alle von der Parkraumnot betroffenen Gebiete. Diese Parkraumplanung soll die Möglichkeit der in der Garagenordnung in allgemeinen Grundsätzen festgelegten Verpflichtungen voll ausschöpfen. Die Parkraumplanungen sind in den Flächenwidmungsplänen auszuweisen.

Neue Ballungen von ruhem Verkehr durch falsch gewählte Standorte von Hochhäusern, Geschäfts- und Bürohäusern sollen vermieden werden. Die Parkplätze sollen so angeordnet sein, daß die Leistung des angrenzenden Straßenraumes nicht verringert wird.

Auch die Frage des wechselseitigen Parkens ist einer endgültigen Klärung zuzuführen.

Auch bezüglich der Tankstellenverteilung und Anordnung sind Empfehlungen gegeben worden. Tankstellen sollen grundsätzlich so angeordnet werden, daß eine Beeinträchtigung des allgemeinen Verkehrs, auch des Fußgängerverkehrs, möglichst gering ist.

Für die Auswahl neuer Standorte von Tankstellen soll ein Tankstellenbestandplan und ein Tankstellenleitplan herangezogen werden.

Das Thema der Gruppe 7 - Altstadt und Verkehr - wurde sehr rege besprochen und hat die einhellige Auffassung gebracht, daß die Innenstadt wohl vom Durchgangsverkehr freizuhalten ist, jedoch unter allen Umständen dem Verkehr zugänglich bleiben muß, wenn sie ein lebendiges Zentrum bleiben soll.

Das schließt nicht aus, daß gewisse sehr vorsichtig auszuwählende Gebiete zu beschränkten Fußgängerbereichen erklärt werden könnten, wobei auf das Ladegeschäft Rücksicht zu nehmen ist. Ganz besonders wurde darauf hingewiesen, daß dort, wo Kunstwerte und Verkehrsanforderung in Wettstreit stehen, in Anbetracht der kulturellen Bedeutung der Wiener Baudenkmäler diese unbedingt zu schützen sind.

Für den Themenbereich 8 war charakteristisch, daß allgemein die Erkenntnis Platz greift, daß der Verkehr für den Menschen da ist und nicht umgekehrt. Daher ist dieser Faktor Mensch ganz besonders in die Überlegungen der Verkehrsplanung einzubeziehen.

Hier sind die Empfehlungen interessant, die sich mit der Frage der Fußgängerübergänge sehr eingehend befaßten. Es wurden Vorschläge für die Art ihrer Ausbildung gemacht, aber auch darauf hingewiesen, daß sie nur dann wirksam sein können, wenn die nötigen gesetzlichen Voraussetzungen zum Schutz des Fußgähers auf den Übergängen gegeben sind.

Fragen der Verkehrserziehung wurden sehr eingehend und von verschiedenen Standpunkten aus beleuchtet, namentlich auf die Verkehrserziehung der Jugend ist besonders Bedacht zu nehmen.

Zur Vermeidung von übermäßigen Verkehrsballungen zu bestimmten Tageszeiten wurde die Einführung der gestaffelten Arbeits- und Ladenschlußzeiten diskutiert. Das stellt aber einen sehr weitgehenden Eingriff in das private Leben der Bewohner der Stadt dar und sollte daher sehr genau überlegt werden.

Der Bekämpfung von Lärm, Staub und Abgasen ist im Sinne der allgemeinen sozial-hygienischen Verbesserung der Großstadt weitestgehendes Augenmerk zu widmen.

Den Fragen der Auflockerung und Begrünung soll weitestgehend Beachtung geschenkt werden.

Um eine vertiefte Erkenntnis über Ursachen, Erscheinungsformen, Unfallhäufigkeit u.ä. auf Grund der Motorisierung zu gewinnen, ist das psychische Verhalten aller Verkehrsteilnehmer sorgfältig zu erforschen und bei der Festlegung von Verkehrsverbesserungen zu berücksichtigen.

In der Gruppe 9 sind zum Wirksamwerden der zahlreichen Empfehlungen organisatorische Maßnahmen und Einrichtungen vorgeschlagen, die die Koordinierung dieser Empfehlungen sicherstellen sollen.

Im Mittelpunkt dieser Vorschläge stehen die Anregungen zur Schaffung einer zentralen übergeordneten Stelle, die den Generalverkehrsplan und alle damit zusammenhängenden Fragen behandeln soll.

Übereinstimmend stellen die hier formulierten Empfehlungen die Tatsache fest, daß diese koordinierende Stelle, die als Verkehrsplanungskommission bezeichnet wurde, auf eine möglichst breite fachliche Basis zu stellen ist. Außerdem wurde der enge Zusammenhang der Stadtplanung mit der Verkehrsplanung betont.

Da dieser Verkehrsplanungskommission bei der Festlegung des Generalverkehrsplanes entscheidende Bedeutung zukommt, wird ihre Organisation und Zusammenstellung besonders sorgfältiger Überlegungen bedürfen. Ähnliche Einrichtungen gibt es bereits in Amerika und in Schweden, die, sinngemäß auf unsere Verhältnisse angewendet, als Vorbild dienen können.

Aufgabe dieser Verkehrsplanungskommission soll nicht nur die Aufstellung des Generalverkehrsplanes, sondern auch des dazugehörigen langfristigen Finanzierungsplanes sein.

Besonders betont wird, daß solch ein Finanzierungsplan nicht nur für die Herstellung der Planung, sondern auch für die schrittweise Durchführung aller Verkehrsmaßnahmen, seien sie baulicher, organisatorischer oder betriebswirtschaftlicher Art, notwendig ist.

Die 1. Wiener Straßenverkehrsenquete war der erste Schritt auf dem Wege zu einer umfassenden Ordnung, sowohl für die Gegenwart wie auch für die Zukunft.

Die zahlreichen Empfehlungen sind nun auf ihren Wert und ihre Bedeutung sowohl für die Gegenwart wie auch für die Zukunft zu überprüfen.

Als Ergebnis der Enquete wäre also an die Realisierung dieser Empfehlungen zu schreiten, was im Rahmen der Verkehrsplanungskommission für Wien geschehen soll. Wir werden daher in kürzester Zeit konkrete Vorschläge für die Konstituierung dieser Verkehrsplanungskommission erstatten. Diese hätte die in der Enquete begonnene Arbeit fortzuführen.

Nicht zuletzt soll darauf hingewiesen werden, daß die bisherigen Maßnahmen der Stadtverwaltung zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse von der Enquete gutgeheißen wurden.

Es wurde auch festgestellt, daß in Wien noch kein Verkehrschaos herrscht, im Gegenteil, daß gute Voraussetzungen für die Lösung der bestehenden und kommenden Verkehrsprobleme vorliegen, weil gute organisatorische und räumliche Reserven vorhanden sind.

Darüber hinaus kam auch klar zum Ausdruck, daß ein besserer Verkehr nicht nur durch Monsterbauprojekte zu erzielen ist, sondern daß auch kleine Verbesserungen große Erleichterungen schaffen. So kann zum Beispiel mehr Verkehrsdisziplin und gegenseitige Rücksichtnahme völlig kostenlos erreicht werden.

Die Enquete hat interessante Neuigkeiten gebracht und zum Teil Bekanntes mit seltener Einmütigkeit bestätigt. Sie war zweifellos ein entscheidender Markstein in der baulichen Entwicklung Wiens.

In diesem Sinne ersucht der Referent, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und dem gestellten Antrag zuzustimmen.  
(Lebhafter Beifall)

GR. Kronberger (VO) stellt fest, daß von den einzelnen Kommissionen der Verkehrsenquete in der kurzen Zeit viel und umfangreiche Arbeit geleistet wurde und spricht den Teilnehmern Dank und Anerkennung aus. Auf die einzelnen Anregungen eingehend, stellt der Redner fest, daß den Fußgängern bedeutend mehr Schutz im Straßenverkehr geboten werden müßte und fordert ein entsprechendes Gesetz. Es müßten ferner mehr Fußgängerübergänge geschaffen werden, die Verkehrsampeln sind zu vermehren, Einbahnstraßen zu schaffen, usw. Eine endgültige Verkehrslösung könne jedoch nur der Bau einer U-Bahn bringen. Hier sind aber noch etliche Schwierigkeiten zu überwinden. Der Redner appelliert an den Bund, hier einen Beitrag zu leisten. Die Österreichische Volkspartei könnte auf diesem Gebiet ihren Einfluß geltend machen. Die Enquete hob hervor, daß allein die Vorarbeiten für den Bau einer U-Bahn mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen.

./.

Die Schaffung eines zweiten Stadtbahnringes, dessen Verwirklichung möglich wäre, könnte gleich durchgeführt werden. Bis jetzt ist aber auf diesem Gebiet noch immer keine Entscheidung gefallen, obwohl es ursprünglich hieß, daß der Teil von Meidling nach Floridsdorf bereit im März 1957 in Betrieb genommen werden wird. Das Floridsdorfer Schnellbahnprojekt würde eine entscheidende Verkehrsverbesserung bedeuten. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf die derzeitigen Verkehrsverhältnisse, auf die ungeheizten Straßenbahnwagen, verlangt Entfrosteranlagen auf den Plattformen der Straßenbahntriebwagen, Einführung eines Kurzstreckentarifes und Abschaffung der finanziellen Doppelbelastung bei Benützung von Straßenbahn und Autobus. Das tägliche Leben des arbeitenden Menschen muß angenehmer und leichter gemacht werden. Die Verkehrsenquete habe eine Menge wertvoller Anregungen gegeben. Die Wiener Bevölkerung erwartet nun, daß diese Anregungen bald in die Tat umgesetzt werden.

GR. Dr. Prutscher (ÖVP) begrüßt die Ausführungen des Stadtrates über die Schaffung einer übergeordneten Stelle, die den Generalverkehrsplan erstellen soll. Er hofft, daß diese Kommission bald ihre Arbeit aufnehmen wird. Aus den Empfehlungen der Verkehrsenquete ging hervor, daß die Voraussetzung für einen Generalverkehrsplan die Erstellung eines Strukturplanes ist. Der Redner bedauert, daß Stadtrat Thaller nicht auf die Frage eingegangen ist, in welcher Weise diese Strukturplanung vorgenommen und vor allem wann sie erstellt werden soll. Die Empfehlungen der Verkehrsenquete müssen als Ganzes genommen werden. So waren die Empfehlungen für die U-Bahn in der überwiegenden Zahl positiv gehalten, man dürfe also nicht jene herausnehmen, die wohl zuerst im Zwischenplenum auch positiv waren, dann aber abgeändert wurden. Einer Ausführung des Stadtrates könne er nicht zustimmen, und zwar jener, daß man mit dem Bau der U-Bahn warten will, bis der Verkehrschaos eingetreten ist. Der Redner dankt im Namen seiner Fraktion allen Teilnehmern an der Verkehrsenquete, insbesondere jenen, die aus dem Ausland gekommen sind und wertvolle Erfahrungen mitgebracht haben.

Diese Tagung muß aber ein Anlaß sein, die Dinge, die dort besprochen wurden, zu überprüfen und das Notwendige ehestens zu tun. Man dürfe sich nicht damit begnügen, Empfehlungen entgegenzunehmen, dann aber nur das herausnehmen, was einer vorgefaßten Meinung entspricht. Es muß rasch und bald vorge-sorgt werden, damit die Verwirklichung zeitgerecht erfolgen kann. Der Redner hofft, daß der angekündigte Ausschuß baldigst seine Tätigkeit aufnehmen wird. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Dipl.Ing. Witzmann (SPÖ) stellt fest, daß in der heutigen und auch in früheren Debatten über Verkehrsfragen Mißverständnisse geherrscht haben. Stadtrat Thaller hat ja bereits darauf verwiesen, daß es sich um eine gelenkte Enquete gehandelt hat mit einer gewissen Zielstellung. Es war nicht so, daß diese Enquete gewisse Probleme schon jetzt lösen soll. Das Verkehrsproblem ist erst sehr spät nach Wien gekommen. Andere Städte haben sich schon früher mit diesen Problemen beschäftigen müssen. Eines der Hauptziele dieser Enquete war, alle über die Wichtigkeit der Fragen aufzuklären. Es sind dies nicht nur Fragen des Verkehrs, sondern auch Fragen der Wirtschaft, die mit dem Verkehr in Verbindung stehen. Es muß in der Öffentlichkeit viel mehr über diese Fragen gesprochen werden. Sie muß zur Kenntnis nehmen, daß sie dafür auch Opfer bringen müssen. Es wurden von der Enquete viele Anregungen gegeben, besonders von den ausländischen Verkehrsfachleuten auf Grund der Erfahrungen ihrer eigenen Städte. Man war versucht, diese Lösungen auf Wien zu übertragen. Wien mit seiner alten Tradition läßt sich aber nicht mit Städten wie New York oder anderen vergleichen.

Seine Fraktion ist der Meinung, daß jene Probleme, die rasch gelöst werden müssen, auch rasch gelöst werden. Mit der Enquete soll nicht ein Endpunkt gesetzt werden, sondern sie ist als ein Anfang zu betrachten. Der Redner stellt mit Genugtuung fest, daß Stadtrat Thaller die Schaffung einer ständigen Verkehrsplanungskommission angekündigt hat. (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Thaller stellt im Schlußwort fest, daß alle drei Redner sich zustimmend zu seinem Bericht ausgesprochen haben. Er möchte daher nur kurz einiges antworten: Die Ausführungen des GR. Kronberger über den Straßenbahntarif usw. stehen heute ja nicht zur Diskussion, auch die Frage eines gesetzlichen Schutzes der Fußgänger wäre eine Bundesangelegenheit. Es finden derzeit diesbezügliche Besprechungen mit den Polizeibehörden statt. Der Ausbau der Verbindungsbahn als Schnellbahn wäre im Augenblick eine Fehlinvestition. Es ist dies eine jener Reserven, auf die nötigenfalls zurückgegriffen werden kann. Mit dem Ausbau des Nordbahnhofes am Praterstern wird begonnen, sodaß also dort mit dem Ausbau der Schnellbahnlinie begonnen werden kann. Auch der Bau der Nordbahnbrücke ist bereits im Gange. Zu den Ausführungen des GR. Dr. Prutscher ist zu sagen, daß die Verkehrsplanungskommission sehr bald geschaffen wird. Der Stadtrat hofft, in einer der nächsten Sitzungen bereits darüber berichten zu können. Es sind hierfür nur noch einige Vorarbeiten notwendig. Der Generalverkehrsplan wird von der Verkehrsplanungskommission zu erstellen sein. Die Unterlage dazu muß geschaffen werden, um den Strukturplan festlegen zu können. Man sollte über die Weiterentwicklung der Verkehrsverhältnisse nicht ängstlich sein. Nach den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen dürfte die Motorisierung ihren Höhepunkt erreicht haben. Mit einem weiteren sprunghaften Ansteigen ist nicht zu rechnen. Zum Thema U-Bahn ist zu sagen, daß selbstverständlich alle Grundlagen für die Planung einer U-Bahn geschaffen werden. Für die SPÖ ist die U-Bahn aber nicht wie für die ÖVP und VO zur Fahne geworden. Seine Fraktion werde diese Dinge zum notwendigen Zeitpunkt lösen und in der geeigneten Form. Gemeinderat Witzmann hatte recht, wenn er sagte, wir wollen nicht das, was in anderen Städten geschieht, auf unsere Stadt übertragen, sondern wir wollen aus den Erfahrungen und den Fehlern anderer Städte lernen. Alles was gut gemacht wurde, werden wir benützen, um auch die Verkehrsfragen in unserer Stadt zu lösen. (Beifall bei der SPÖ).

./.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) referierte drei Anträge, und zwar über die unentgeltliche Beförderung von Klappkinderwagen auf der Straßenbahn und Autobus, über eine Änderung der Kinderfahrpreiscinhebung und über die Verbilligung des Zweifahrtenfahrtscheines für Kinder an Sonn- und Feiertagen. Der Referent verweist darauf, daß bereits zur Budgetdebatte im Dezember vorigen Jahres drei diesbezügliche gemeinsame Anträge der beiden Koalitionsparteien eingebracht wurden. Der erste Antrag sieht also vor, daß Klappkinderwagen frei befördert werden; bisher mußte ein Gepäckfahrtschein zu 1.50 Schilling gelöst werden. Die Begünstigung des zweiten Antrages liegt darin, daß nunmehr Kinder gegen Vorweis einer von den Verkehrsbetrieben auszustellenden Lichtbildlegitimation den Kinderfahrtschein bis zum Ende des laufenden Schuljahres und der anschließenden Ferien lösen können, auch wenn sie schon das 14. Lebensjahr vollendet haben. Der dritte Antrag sieht eine Verbilligung des Zweifahrten-Kinderfahrtscheines von 80 auf 50 Groschen vor. Der erste Antrag wird mit Wirkung vom 15. Februar verwirklicht werden, die beiden anderen mit Wirkung vom 1. März, weil dazu noch gewisse innerbetriebliche Arbeiten notwendig sind.

GR. Maller (VO) bezeichnet die vorliegenden Anträge als eine kleine Wiedergutmachung für die Tarifierhöhungen. Er erneuert die Forderung nach einem Kurzstreckentarif.

GR. Bittner (ÖVP) meint, auch die Mehrheitspartei dürfe eingesehen haben, daß sie mit der Tarifierhöhung zu weit gegangen ist.

GR. Maria Jacobi (SPÖ) hebt hervor, daß die Anträge der Initiative der SPÖ entsprungen sind. (Gegenrufe bei der ÖVP)

Stadtrat Nathschläger sagt in seinem Schlußwort, die Frage des Kurzstreckentarifes ist auch bei der Verkehrsenquete ausführlich behandelt worden. Es kam auch eine Empfehlung zustande, in der verkehrsschwachen Zeit den Einheitstarif durch einen Teilstreckentarif zu ergänzen. Die Verkehrsbetriebe haben sich mit diesem Problem schon befaßt, und es wird vielleicht möglich sein, in absehbarer Zeit mit einem entsprechenden Plan hervortreten.

Zu den Ausführungen von GR. Jacobi sagte der Referent, es

./.

mag sein, daß die Anträge auch auf die Initiative der SPÖ zurückzuführen sind, sicher aber auch auf die Anregungen der ÖVP. So hatte seine Partei einen Antrag auf Einführung einer sogenannten Ausflugskarte gestellt, der sogar weitergehend war. Ich glaube aber, so schloß Stadtrat Dkfm. Nathschläger, daß wir uns einig sind in dem Bestreben, die Familie zu fördern und zu begünstigen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten  einstimmig angenommen.

Hierauf gelangt die bereits im Einlauf erwähnte Anfrage der Gemeinderäte Dr. Soswinski, Kronberger und Genossen (VO) zur Behandlung, betreffend "die Verletzung des Koalitionsrechtes der Gemeindebediensteten seitens der Gemeindeverwaltung, bzw. der Wiener Stadtwerke durch Verfolgung von Vertrauensmännern und anderen Bediensteten anlässlich gewerkschaftlicher Kämpfe", für die die Verlesung und Besprechung in der heutigen Sitzung beantragt wurde.

GR. Dr. Soswinski (VO) betont in der Begründung der Dringlichkeit der Anfrage, die Praxis der administrativen Versetzungen und Verfolgungen wider Recht und Gesetz seien ärger als die Giftzähne des Antiterrorgesetzes. Diese Praxis stelle eine Schmach für unsere Stadt und einen Angriff auf die Rechte der Arbeiter dar. Daher verlangen die Gemeinderäte der Volksopposition, daß diese Anfrage dringlich behandelt wird. (Lobhafte Zwischenrufe bei den Sozialisten und Gegenrufe bei der VO.)

Der Bürgermeister muß die Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit der Behandlung wiederholen, da bei der ersten Abstimmungshandlung die Worte des Bürgermeisters in den lobhaften Zwischenrufen untergegangen waren, sodaß nicht einmal die Vertreter der Kommunisten selbst für den Antrag auf dringliche Behandlung stimmten.

Bei der neuerlichen Abstimmung wird der Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage noch in dieser Sitzung, für den nur die Abgeordneten der VO stimmen, abgelehnt. Der Bürgermeister teilt mit, daß die Beantwortung der Anfrage auf schriftlichem Wege erfolgen wird.

Bürgermeister Jonas schließt die Sitzung um 15.30 Uhr.

## Der heutige Schneebericht

=====

10. Februar (RK) Heute früh wurden von der Magistrats-  
abteilung für Stadtreinigung 1.633 Schneearbeiter aufgenommen,  
die zusammen mit dem städtischen Personal mit der Schneeabfuhr  
an wichtigen Verkehrsknotenpunkten sowie der Verbreiterung der  
gepflügten Fahrbahnen beschäftigt waren. An motorisierten  
städtischen Wagen standen 19 Schneepflüge, 50 Bostreuungsfahrzeuge,  
60 Lastwagen für Schneeabfuhr und vier kleine Schneelademaschinen  
in Verwendung. Dazu kamen noch neun aufgenommene pferdebespannte  
Pflüge und 55 Lastwagen.

Wie die Wasserwerke melden, mußte ihr Bereitschaftsdienst  
im Laufe des Tages 140 durch Frost gesprungte Wassermesser  
auswechseln.

- - -